

## **Feinstaubbelastung in Dinslaken**

### **Grüne: Landesregierung verweigert konsequentes Handeln!**

Ende Januar thematisierte Johannes Remmel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, die hohe Feinstaubbelastung in der Stadt und Umgebung von Dinslaken im Rahmen einer kleinen Anfrage an die Landesregierung. Hintergrund sind die überdurchschnittlich häufigen Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte in der dortigen Region. Allein im Januar wurde der Grenzwert an mehr als 13 Tagen überschritten. Erlaubt nach der europäischen Richtlinie sind aber maximal 35 Überschreitungen im gesamten Jahr.

Zur jetzt vorliegenden Antwort erklärt Johannes Remmel:

"Nun ist es amtlich: Die Landesregierung verweigert ein konsequentes Vorgehen gegen die hohe Feinstaubbelastung in Dinslaken. Statt umfassend die Quellen zu analysieren und zu handeln, wird das Problem auf die lange Bank geschoben zu Lasten der Gesundheit der Bevölkerung. Es ist unbestritten, dass hohe Feinstaubbelastungen in vielfacher Weise gesundheitsgefährdend für die Bevölkerung sind.

Zwar wird angekündigt, einen sogenannten Luftreinhalteplan zu erarbeiten, dies ist jedoch nur verbale Kosmetik, denn zwischenzeitlich geht zu viel Zeit ins Land.

Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass im Luftreinhalteplan fast ausschließlich Maßnahmen gegen Verkehrsemissionen getroffen werden und alle anderen real existierenden Emissionsquellen ignoriert werden. Noch schlimmer: Die Industrieanlagen und Deponien im Umfeld der Stadt Dinslaken sollen von vornherein außen vor bleiben.

Keinerlei Lösungsperspektive zeigt die Landesregierung mit Blick auf weitere in Planung befindliche zusätzliche Feinstaubquellen wie z.B. geplante weitere Kraftwerke und die zusätzliche neue Deponiefläche für gefährliche Industrieabfälle der Fa. Thyssen-Krupp auf. Der Umweltminister befürwortet und unterstützt ohne Berücksichtigung der realen Umweltbelastungssituation in Dinslaken das geplante Vorhaben der Deponie von Thyssen-Krupp.

Für uns ist klar: Jetzt muss schnell und umfassend gehandelt werden. Die Landesregierung muss alles tun, die Feinstaubquellen, auch die, die für die hohe Hintergrundbelastung verantwortlich sind, zu stoppen."

Bei Rückfragen:

Johannes Remmel

Tel.: 0211 / 884-2748 (d.)